

Inhalt:

1. Frühlingsfest im Entdeckergarten am 1. Mai 2025
2. Naturtag in Halstenbek am Samstag, 24. Mai 2025
3. Schmetterlingsgarten-Workshop „VielfALTERleben“ im Entdeckergarten am 30. Mai 2025
4. Jahreshauptversammlung der BUND-Kreisgruppe in Pinneberg am 13. Juni 2025 mit Vortrag „Bessere Bäche und kleine Flüsse“
5. Fahrradtag & Familientag in Quickborn am 22. Juni 2025
6. Langer Tag der Stadtnatur im Arboretum, am 22. Juni 2025
7. Weitere Veranstaltungen im Jahr 2025
8. Neubau des Müllheizkraftwerks der GAB
9. Neue Angriffe auf die Zivilgesellschaft, die Demokratie und den Rechtsstaat
10. Online-Aktionen und –Petitionen

1. Frühlingsfest im Entdeckergarten am 1. Mai 2025

Zeit: 01.05.2025, 11:00 – 17:00 Uhr

Ort: Entdeckergarten Rellingen, Tangstedter Straße 101, 25462 Rellingen

Die BUND-Kreisgruppe Pinneberg wird mit einem Informationsstand ¹⁾ vertreten sein.



Einladung

Biologische Vielfalt geht uns alle an!

Schleswig-Holsteins Biodiversitätsstrategie -
Was ist das? Und warum überhaupt?
Referentin: Bini Schlamann, BUND SH

Am Donnerstag, dem 1. Mai um 11:30 Uhr

Umwelthaus Pinneberg e.V.
Tangstedter Str. 101
25462 Rellingen

weitere Informationen unter
www.bund-pinneberg.de



Warum sind Lebensräume, in denen es besonders viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten, also eine hohe Biodiversität gibt, besonders wertvoll? Wie steht es um unsere Ökosysteme in Schleswig-Holstein?

Darum geht es bei der Info-Veranstaltung ab 11:30 Uhr im Rahmen des Frühlingsfestes am 1. Mai 2025.

Die Referentin für Agrar- und Biodiversitätspolitik beim BUND-Landesverband Schleswig-Holstein Bini Schlamann berichtet über die Biodiversitätsstrategie der Landesregierung. Unter dem Motto „Was ist das? Und warum überhaupt?“ erläutert sie, wie es um unsere Ökosysteme steht. Die Biodiversitätsstrategie des Landes beschreibt den ökologischen Zustand unserer Naturflächen und schlägt Maßnahmen zur Verbesserung vor, die zum Teil schon umgesetzt werden. Anschließend ist Zeit für Fragen und Gespräche.

2. Naturtag in Halstenbek am Samstag, 24. Mai 2025

Zeiten: 24.05.2025, 10:00 – 13:00 Uhr, 14:30 - 16:30 Uhr, 18:00 - 19:30 Uhr (Führungen, s.u.)

Ort: Rathausplatz Halstenbek

Mit großem Pflanzenmarkt für einheimische Blumen, Bauerngartenblumen, Gemüsepflanzen; dazu Mitmachangebote, Kurse und Führungen. Umwelt- und Naturschutzvereine informieren über ihre Aktivitäten, geben Anregungen und laden ein zum Mitmachen. Mit dabei: NABU, BUND, Pfadfinder der Evangelischen Kirche, Halstenbeker Grünpaten, BI Krupunder See, Holsteiner Imker e.V., Regionalpark Wedeler Au, Wanderbewegung Kreis Pinneberg, Klimabündnis Halstenbek, Solar Initiative Halstenbek, Rehkitzrettung Hamburg, trifolia Rellingen, Kleingärtnerverein Halstenbek, 100000 Schmetterlinge.de, Pilzcoach von Pilzrevier.de, ADFC Halstenbek, Geschichtswerkstatt Halstenbek und private Stände.

- Stockbrotbacken
- Infos zu Bienen und Imkerei
- Basteln mit Naturmaterialien
- Pilzberatung / Informationen über Pilze

Kurse und Führungen am 24. Mai 2025 (nur mit Anmeldung):

14:30 - 16:30 Uhr: Wildkräuterwiese am Krupunder See - Führung für Erwachsene

14:30 - 16:00 Uhr: Kinderführung Wildkräuter auf der Wildkräuterwiese am Krupunder See

18:00 - 19:30 Uhr: Führung: abendliche Vogelstimmen im Sommer

Anmeldung für Kurse und Führungen: info@naturtag-halstenbek.de oder Tel.: 04101 404155.

Weitere Informationen gibt es hier: www.naturtag-halstenbek.de

[Flyer zur Veranstaltung herunterladen.](#)

3. Schmetterlingsgarten-Workshop „VIELFALTERleben“ im Entdeckergarten am 30. Mai 2025



Zeit: 30.05.2025, 14 - 17 Uhr

Ort: Entdeckergarten Rellingen, Tangstedter Straße 101, 25462 Rellingen

Wie kann ich mit meinem Garten oder Balkon zum Schutz der Schmetterlinge beitragen? Welche Pflanzen brauchen Falter und ihre Raupen? Nach einer theoretischen Einführung werden wir selbst aktiv und entdecken beim Anlegen eines kleinen Schmetterlingsbeets im Entdeckergarten, wie viel Freude ein schmetterlingsfreundlicher Garten bereitet. Daher komm bitte in wetterfester Kleidung und festem Schuhwerk.

Der Workshop ist kostenlos und für alle offen. Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Erwachsene, aber auch Kinder sind in Begleitung ihrer Eltern herzlich willkommen.

Link für die Online-Anmeldung: <http://bund-sh.de/vielfalterleben/rellingen>

Oder bei Lena Winkelmann:
lena.Winkelmann@bund-sh.de
bzw. 0176 87093895

4. Jahreshauptversammlung der BUND-Kreisgruppe in Pinneberg am 13. Juni 2025 mit Vortrag „Bessere Bäche und kleine Flüsse“

Zeit: 13.06.2025,18:00 Uhr

Ort: VFL-Heim, Fahltskamp 53, 25421 Pinneberg

Im Vortrag „Bessere Bäche und kleine Flüsse“ von Dr. Ludwig Tent werden einfache Maßnahmen zur Verbesserung des Gewässerzustands vorgestellt.

Harte Gewässerunterhaltung hat über Jahrzehnte zerstörte Gewässerprofile in Bächen und kleinen Flüssen herbeigeführt – „überbreit, übertief“ (im Vergleich zum wasserrechtlich genehmigten Ausbauzustand) heißen die beiden Stichworte dazu. Insbesondere Übertiefe führt vielerorts dazu, dass der mittlere Abfluss unterhalb des genehmigten Sohlhorizonts abfließt. Strukturlosigkeit verhindert standorttypische Lebensräume. Umso schlimmer stellt sich die Situation bei geringeren Abflüssen bis Trockenheit dar. Die Landschaft wird unnötig entwässert.

Instream-Restaurieren kann kostengünstig die Vielzahl von Strecken verbessern, die durch „große“, offizielle Programme nicht erreicht werden.

Das Fehlen von baumgesäumten Randstreifen – Stichworte „übersonnt, überheizt“ – gefährdet darüber hinaus die Flora und Fauna quellgespeister Gewässerläufe. Von Natur aus lebt hier eine „kaltstenotherme“ (stenotherm = in einem engen Temperaturbereich lebensfähig) Lebensgemeinschaft, die ganzjährig auf Kühle und gemäßigte Temperaturdifferenzen angewiesen ist. „Winterwarm, sommerkühl“ heißen die zunächst paradox anmutenden Begriffe – die Forelle ist ein Beispiel für die Anforderungen der standorttypischen, natürlichen Lebensgemeinschaft. Sie ist – wenn auch spät – gerade der Roten Liste hinzugefügt worden. Unsere ausgeräumten Landschaften benötigen den Halbschatten des baumgesäumten Randstreifens, um tödliche Grenztemperaturen zu unterschreiten. Damit wäre gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag, Temperaturverminderung von 5 Grad Celsius, zur Anpassung an den Klimawandel erbracht.

Tagesordnung der nachfolgenden Jahreshauptversammlung:

1. Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Genehmigung/Änderung der TO
3. Rechenschaftsberichte
4. Aussprache zu den Berichten
5. Haushaltsabschluss 2024
6. Kassenprüfbericht
7. Entlastung des Vorstands
8. Anträge
9. Satzungsänderung ²⁾
10. Wahlen
11. Haushalt 2025
12. Verschiedenes

²⁾ Der neue Satzungsentwurf kann [hier](#) heruntergeladen werden. Die offizielle Einladung zur Jahreshauptversammlung erfolgt über das BUNDmagazin, Ausgabe 2/2025, SH-Teil.

5. Fahrradtag & Familientag in Quickborn am 22. Juni 2025



Zeit: 22.06.2025, 11:00 - 17:00 Uhr

Ort: Rathausplatz 1, 25451 Quickborn

Die BUND-Ortsgruppe Quickborn wird mit einem Informationsstand ¹⁾ auf dem Familientag vertreten sein.

Neben Informationen gibt es ein Spieleangebot für Kinder.

6. Langer Tag der Stadtnatur im Arboretum, am 22. Juni 2025

Zeit: 21. & 22.06.2025 , 10:00 bis 19:00 Uhr

Ort: Arboretum Ellerhoop, Thiensen 4, 25373 Ellerhoop

Die BUND-Kreisgruppe Pinneberg wird am Sonntag, 22.06.2025 beim „Langen Tag der Stadtnatur“ mit einem Informationsstand ¹⁾ vertreten sein. Neben Informationen gibt es Spiel- und Bastelangebote für Kinder und Erwachsene.

7. Weitere Veranstaltungen im Jahr 2025

- BUND-Sommerfest am 5. Juli im Entdeckergarten
- Lotosblütenfest am 17. August im Arboretum mit BUND-Informationsstand ¹⁾

Detail zu diesen Veranstaltungen folgen im nächsten E-Mail-Rundbrief oder sind unter <https://www.bund-pinneberg.de/service/termine/> abrufbar.

- Weitere Angebote für Kinder und Eltern sind unter https://umwelthaus-pinneberg.de/?page_id=63 zu finden.

¹⁾ Wer sich an der Betreuung unserer Informationsstände beteiligen möchte, ist herzlich willkommen.

8. Neubau des Müllheizkraftwerks der GAB

Am 17.01.2025 berichtete das Hamburger Abendblatt in der Pinneberger Zeitung über den geplanten Neubau des Müllheizkraftwerks (MHKW) der Pinneberger Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung (GAB) in Tornesch-Ahrenlohe. Mit dem Neubau soll die Kapazität von derzeit 80.000 auf 110.000 Tonnen pro Jahr (t/a) erhöht werden. Das MHKW erzeugt in Kraft-Wärme-Koppelung Strom und Wärme, die über eine Fernwärmeleitung in das Wärmenetz der Stadt Pinneberg eingespeist wird.

Die BUND-Kreisgruppe Pinneberg unterstützt die Ellerhooper Bürgerinitiative „Aktiver Umweltschutz“ bei der Forderung, dass sich die insgesamt vom neuen Müllheizkraftwerk (MHKW) ausgestoßenen Schadstoffmengen im Vergleich zum Status Quo reduzieren müssen. Der für das bestehende MHKW genehmigte Quecksilberausstoß von 17 Kilogramm pro Jahr (kg/a) ist für eine so giftige Substanz eine ungeheure Menge, auch wenn sie sich auf eine große Fläche verteilt, was aber im Umkehrschluss auch bedeutet, dass eine große Fläche betroffen ist. Glücklicherweise wird diese Menge nach Angabe der GAB beim bestehenden MHKW mit 0,5 kg/a nur zu etwa drei Prozent ausgeschöpft.

Nach den heute einzuhaltenden Grenzwerten dürfe der Quecksilberausstoß für das geplante MHKW „nur noch“ drei kg/a betragen, so die GAB – ein nach unserer Einschätzung deutlich zu hoher Grenzwert, der schon vom bestehenden MHKW um den Faktor 6 unterboten wird. Offensichtlich bleibt die novelierte Bundesimmissionsschutzverordnung (17. BImSchV) hinsichtlich der Grenzwerte weit hinter dem technisch Machbaren zurück. Bei der Planung des neuen MHKW sollte deshalb die **beste verfügbare Technik** zur Zurückhaltung von Schwermetallen und anderen Schadstoffen zum Einsatz kommen. Das Versagen des Bundesgesetzgebers bei der von Lobbyisten beeinflussten viel zu laschen Festlegung von Grenzwerten darf kein Freibrief für die GAB sein, die Schadstoffmengen im Vergleich zum Status Quo nicht zu reduzieren oder gar zu erhöhen, was ja bedauerlicherweise nach der 17. BImSchV zulässig wäre.

Die Erhöhung der Kapazität von derzeit 80.000 auf geplant 110.000 Tonnen pro Jahr (t/a) sehen wir kritisch. Sie würde der Notwendigkeit, das Müllaufkommen insgesamt zu reduzieren, nicht gerecht. Die Fernwärmeversorgung von Pinneberg würde abhängig von einem Tatbestand, der eben genau nicht gewünscht ist, nämlich einem gleichbleibenden oder steigenden Müllaufkommen. Mit der Kapazitätserweiterung würde den Zielen einer Abfallvermeidung und der Etablierung einer Kreislaufwirtschaft mit einem **stofflichen Recycling** zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen entgegengewirkt und ein „Weiter so“ in der Abfallwirtschaft des Kreises Pinneberg manifestiert. Die Notwendigkeit einer Kreislaufwirtschaft ergibt sich auch daraus, dass die globalen Primärrohstoff-Reserven abnehmen und die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten zunimmt.

9. Neue Angriffe auf die Zivilgesellschaft, die Demokratie und den Rechtsstaat

In unseren Rundbriefen [1-2019](#) und [4/2019](#) berichteten wir über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der regierungskritischen Organisationen attac und Campact.

Nun werden die Angriffe auf die Zivilgesellschaft massiv fortgesetzt.

Angriff Nr. 2: Am 07.02.2025 berichtete die taz unter <https://taz.de/CDU-saegt-am-Verbandsklagerecht!/6063888/>, dass die CDU das Verbandsklagerecht, also das Recht von Umweltverbänden, für die Natur vor Gericht zu ziehen, abschaffen will.

Derzeit haben Umweltverbände noch das Recht, gerichtlich überprüfen zu lassen, ob bei Vorhaben des Staates, der Industrie oder anderer Vorhabenträger **gegen geltendes Recht verstoßen** wird. Mit der Abschaffung des Verbandsklagerechts outet sich die CDU mit der Absicht, **vorsätzlich** gegen geltendes Recht verstoßen zu wollen und andere (z.B. Planungsbehörden & Unternehmen) dazu anzustiften, ebenfalls **vorsätzlich** gegen geltendes Recht zu verstoßen. Es gäbe keine Notwendigkeit mehr, bei der Planung von Infrastrukturprojekten, Industrieanlagen etc. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz mitzudenken und sich an geltendes Recht zu halten, denn Verstöße dagegen würden weder überprüft noch korrigiert, sondern einfach hingenommen. Das ist nicht nur ein Angriff auf die Zivilgesellschaft, es ist auch ein [Angriff auf den Rechtsstaat](#).

Zitat aus dem taz-Artikel: „Umweltverbände müssen [. . .] die Möglichkeit haben, das Verletzen von Vorschriften vor Gericht geltend zu machen.“

Wenn Umweltverbände diese Möglichkeit nicht mehr haben, wer ist denn dann überhaupt noch berechtigt, das Verletzen von Vorschriften vor Gericht geltend zu machen? Irgendwelche Behörden? Es ist wohl kaum anzunehmen, dass Behörden gegen den eigenen Staat klagen oder gegen andere Behörden, die z.B. unter Missachtung von Rechtsvorschriften Industrieanlagen genehmigt haben.

Oliver Welke in der heute-show vom 14. März 2025: „Die Umwelthilfe macht das, was Politiker machen müssten, nämlich geltendes Recht durchsetzen.“

Das gilt aber natürlich nicht nur für die Deutsche Umwelthilfe, sondern für alle Umweltverbände.

Am 27.03.2025 wurde bekannt, dass sich die CDU mit der Abschaffung des Verbandsklagerechts in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD offensichtlich durchgesetzt hat. Der SHZ-Verlag berichtete: „Das Verbandsklagerecht werden wir reformieren, straffen und auf die **tatsächliche Betroffenheit** ausrichten“, steht im Papier der Arbeitsgruppe Verkehr.

Dazu muss man wissen: Privatpersonen sind nur dann klagebefugt, wenn sie von einem Vorhaben persönlich betroffen bzw. in ihren eigenen Rechten verletzt sind (Individualrechtsschutz), also z.B. für einen Straßenbau einen Teil ihres Grundstücks hergeben sollen oder müssen. Wird durch den Straßenbau gegen Naturschutzgesetze verstoßen, sind **Privatpersonen nicht klagebefugt, im Gegensatz zu Umweltverbänden**. Umweltverbände waren bisher auch dann klagebefugt, wenn sie nicht „persönlich“ bzw. „tatsächlich“ betroffen waren, sondern „nur“ Natur- oder Umweltschutzrecht verletzt sahen. Genau das (diese besondere Klagebefugnis) machte ja bisher das Verbandsklagerecht aus.

Wenn nun nach dem Willen der Koalitionäre auch Umweltverbände nur noch klagebefugt sind, wenn sie „persönlich“ bzw. „tatsächlich“ betroffen sind, kommt das faktisch einer Abschaffung des Verbandsklagerechts gleich.

Ob die SPD in diesem Punkte eingeknickt ist oder ob die CDU mit ihrer Forderung bei der SPD „offene Türen eingerannt“ hat, wissen wir nicht. Fest steht: Wenn die Formulierung aus dem Papier der Arbeitsgruppe Verkehr in den Koalitionsvertrag übernommen wird, **gilt natürlich auch für die SPD, dass sie bereit ist, Verstößen gegen geltendes Umwelt- und Naturschutzrecht Tür und Tor zu öffnen.**

Wie das Verbandsklagerecht erstritten wurde, ist bei [Wikipedia](#) beschrieben. Zitat: „Das Verbandsklagerecht im Naturschutzrecht ist seit 2002 im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verbindlich geregelt.“

Wenn die neue Koalition nun das Verbandsklagerecht abschafft, ist das ein Rückfall in die Zeit vor 2002. Wir haben deshalb einen Vorschlag für den Namen der neuen Koalition: **RüKo, Rückschritts-Koalition**.

Angriff Nr. 3: Am 24.02.2025, folgte der nächste Angriff der Union auf die Zivilgesellschaft, mit der parlamentarischen Anfrage zur „politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“, ([Drucksache 20/15035](#)).

Mit 551 Fragen auf 31 Seiten attackiert die CDU/CSU-Bundestags-Fraktion Organisationen wie Correctiv, Omas gegen Rechts, den BUND, die Deutsche Umwelthilfe, die Agora Agrar gGmbH, die Agora Energiewende gGmbH, Greenpeace, Foodwatch, insgesamt 17 zivilgesellschaftliche Gruppen.

Auffällig ist: **Betroffen** sind ausschließlich Organisationen, die der CDU/CSU unbequem sind, die sich für Demokratie, Menschenrechte, die Umwelt, die Natur, Klimaschutz, Pressefreiheit, etc. einsetzen.

Nicht betroffen ist z.B. der Bauernverband. Wenn der zu Trecker-Demos und -Blockaden aufruft, bei denen Straftaten begangen, Tausende Tonnen Treibhausgase und Tausende Kilogramm Schadstoffe und Feinstaub produziert werden, um z.B. gegen Subventionskürzungen beim Agrardiesel, Pestizid-Anwendungsregeln und/oder Gewässerrandstreifen zu protestieren, ist das aus CDU/CSU-Perspektive natürlich „politisch neutral“. Proteste für eigene (egoistische) Interessen sind aus Sicht konservativ-neoliberal tickender Menschen immer grundsätzlich berechtigt, im Gegensatz zu Protesten für Gemeinwohlziele (altruistische Interessen), verkürzt: **Egoismus** ist gut, **Altruismus** ist schlecht.

Eigentlich sollte es umgekehrt sein.

Foodwatch bringt die Sache in einem Newsletter auf den Punkt. Zitat:

„Zur Klarstellung: Ein solches Neutralitäts-Gebot gibt es gar nicht. Wie sollten wir auch unsere Arbeit machen, ohne zu sagen, wer gute und schlechte Verbraucherschutz-Politik macht? Wir sind unabhängig, allein den Verbraucher:innen verpflichtet – und deswegen eben nicht neutral.

In den letzten drei Jahren haben wir immer wieder gegen die Politik von Grünen, FDP und SPD protestiert.³⁾ Die Ironie: Die CDU war selten dabei. Schließlich hat sie nicht regiert. Einmal haben wir einen Antrag der CDU sogar explizit gelobt.

Das alles zeigt: Es geht vor allem darum, unbequeme Stimmen zum Schweigen zu bringen. Lassen wir uns das nicht gefallen! Unterzeichnen Sie jetzt gegen Angriffe auf die Zivilgesellschaft!“

[Gemeinsame Petition von Campact, Foodwatch & anderen gegen die CDU/CSU-Attacke](#)

³⁾ Das gilt natürlich auch für den BUND und viele andere NGOs.

Es gehört wohl zum neuen „Demokratieverständnis“ der CDU/CSU, auf Kritik von ihr unbequemen Organisationen nicht mehr mit Argumenten zu reagieren, sondern sie mit Schikanen und Repressalien zu bekämpfen, einzuschüchtern und so zu versuchen, sie zum Schweigen zu bringen.

Aber wir lassen uns weder einschüchtern noch einen Maulkorb verpassen und kritisieren selbstverständlich auch die Attacken und Einschüchterungsversuche.

Noch ein taz-Artikel: <https://taz.de/Antwort-auf-551-Fragen-zu-NGOs!/6071785/>

Angriff Nr. 4: Am 28.03.2025 schrieb das Umweltinstitut München in einem Newsletter:

„Die Union plant einen Großangriff auf Ihre Freiheitsrechte – genauer gesagt: auf Ihr Recht auf Informationen. Wenn es nach dem Willen von CDU/CSU geht, müsste sich der Staat künftig nicht mehr in die Karten schauen lassen – weder von Wissenschaft und Zivilgesellschaft noch von Bürgerinnen und Bürgern.

Helfen Sie uns, diese Katastrophe zu verhindern. Retten Sie gemeinsam mit uns die Informationsfreiheit, indem Sie unseren [Appell an die SPD unterzeichnen](#) und teilen!“

Hier kritisieren wir drei Angriffe auf die Zivilgesellschaft und die Demokratie in kurzer Folge im Februar und März 2025, alle von der CDU/CSU. Aber selbstverständlich kritisieren wir solche Angriffe auch, wenn sie von anderen Parteien ausgehen, und zwar nicht deshalb, weil wir Angst vor Unterstellungen haben, parteipolitisch nicht neutral zu sein, **sondern ganz einfach deshalb, weil es richtig und notwendig ist, sich gegen Angriffe auf die Demokratie zu wehren**, egal woher sie kommen.

10. Online-Aktionen und –Petitionen

- Letzte Chance für den Amazonas?: [Petition von Greenpeace](#)
- Deutschlandticket erhalten: [Petition von Greenpeace](#)
- Stoppt den Tiefseebergbau: [Petition von Greenpeace](#)
- Kein Tiefseebergbau im Meeresparadies bei Neuguinea: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Mondelēz stellt Milka und Oreo her – und zerstört riesige Flächen Regenwald: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Kein Verkauf von Nord Stream 2 an Trump: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Kein Comeback für Nord Stream 2: [Petition der Deutschen Umwelthilfe](#)
- Die CDU will zurück zur Atomkraft: [Petition von Campact gegen neue Atomprojekte](#)
- Gift auf unseren Tellern? – Stoppt das EU-Mercosur-Abkommen: [Petition von WeMove Europe](#)
- „Geisternetze“ verwüsten Ozeane – Stoppt die Grundschieppnetzfisherei: [Petition von WeMove Europe](#)
- Schiffskollisionen und Lärm sind eine große Bedrohung für Wale - aber es gibt eine einfache Lösung: [Petition von WeMove](#)
- „Green Deal“ retten: [Petition von WeMove Europe](#)
- Stoppt den Kahlschlag im Wald der Marind: [Petition von Rettet den Regenwald e. V.](#)
- Keine Zerstörung des Chaco-Waldes in Paraguay für die Rindfleisch- und Sojaindustrie: [Petition von Regenwald e.V.](#)
- Trump will Kanada, Grönland und den Panamakanal annectieren: [Petition von Ekō, San Francisco](#)

- Keine Bühne für die AfD im WDR: [Petition von Change.org](#)
- Die Macht von Milliardären bedroht die Demokratie: [Petition von Campact](#)
- Heidelberg Materials plant Betonfabrik auf Java gegen den Willen der Bevölkerung: [Petition von Campact](#)
- Beantragen Sie eine Verpackungssteuer für Ihre Stadt: [Aktion der Deutschen Umwelthilfe](#)
- Vermögenssteuer für die reichsten 3.000 Menschen der Welt: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Die halbe Welt geht vor Trump & Musk in die Knie: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Kein Palmöl aus dem Ucayali-Regenwald - Landraub in Peru stoppen: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Giftiges Pestizid „Flufenacet“ verbieten: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Besteuert die Superreichen: [Petition von WeMove Europe](#)
- Wehrhafte Demokratie - Höcke stoppen: [Petition von Campact](#)
- Stoppt die Baumfällung und Flächenversiegelung in Leipzig Probstheida: [Petition von Carmen Miosga über Change.org](#)
- Kein illegales Gold aus dem Amazonas: [Petition von Ekō für entwaldungsfreie Lieferketten](#)
- Musk & Zuckerberg überfluten die Welt mit Hass und Hetze: [Petition von Ekō, San Francisco](#)
- Keine Koalition ohne Informationsfreiheit: [Petition von Campact](#)

Mit freundlichen Grüßen

BUND-Kreisgruppe Pinneberg

<https://www.bund-pinneberg.de/>

